

Vorträge der Senatskanzlei

für die Sitzung des Senats am 19. Oktober 2021

Beschlüsse des Senats zu den Beschlüssen der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 12. bis 14. Oktober 2021

Beschluss:

Der Senat nimmt die Beschlüsse der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 12. bis 14. Oktober 2021 zur Kenntnis und fasst folgende Einzelbeschlüsse:

Stadtbürgerschaft am 12. Oktober 2021

Nr. 20/259 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Wann werden die Sporthallen der Universität Bremen endlich saniert?

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 5. August 2021
(Drucksache [20/483 S](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 12. Oktober 2021
(Drucksache [20/519 S](#))

2. Ortsgesetz über den Eigenbetrieb Immobilien Bremen – Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen (IBStadtOG)

Mitteilung des Senats vom 5. Oktober 2021
(Drucksache [20/511 S](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/260 S

Fragestunde

1. Wie geht der Senat mit Hausmüllablagerungen auf öffentlich zugänglichen Flächen um?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 8. September 2021

2. Welche Pläne verfolgt der Senat in Bezug auf die Feuerwache 3?

Anfrage der Abgeordneten Claas Rohmeyer, Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 10. September 2021

3. Wissenschaftsfeindliche Aussagen zur Schutzimpfung gegen das SARS-CoV 2-Virus an Freien Waldorfschulen

Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 13. September 2021

4. Wie stellt sich der Sachstand bei den Kaisenhäusern dar?

Anfrage der Abgeordneten Martin Michalik, Silvia Neumeyer, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 14. September 2021

5. Wann wird entlang der Ihle der Hochwasserschutz gewährleistet?

Anfrage der Abgeordneten Bettina Hornhues, Martin Michalik, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 14. September 2021

6. Zukunft des Bunkers C178 auf dem ehemaligen Vulkan-Gelände in Vegesack

Anfrage der Abgeordneten Maja Tegeler, Miriam Strunge, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 14. September 2021

7. Instandsetzung und Erneuerung von Spielflächen

Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Dr. Solveig Eschen, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15. September 2021

8. Vergabeverfahren zur temporären Transformation der Martinstraße

Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 22. September 2021

9. Verzicht auf Standgebühren für den Bremer Weihnachtsmarkt

Anfrage der Abgeordneten Volker Stahmann, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 5. Oktober 2021

10. Kosten der Internatsplätze für die zukünftige Eliteschule des Sports an der Ronzellenstraße

Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 6. Oktober 2021

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/261 S

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen/der Gruppe kein Thema beantragt worden.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/262 S

Zukunft des Wirtschaftsstandorts Bremen nicht aufs Spiel setzen – Gewerbeentwicklungsprogramm 2030 unverzüglich vorlegen!

Antrag der Fraktion der CDU

vom 14. September 2021

(Drucksache [20/498 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/263 S

Bremer Biodiversitätsstrategie und Insektenschutzprogramm

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD

vom 8. Oktober 2021

(Neufassung der Drs. [20/504 S](#) vom 16. September 2021)

(Drucksache [20/515 S](#))

1. Die Stadtbürgerschaft begrüßt, dass der Senat die Entwicklung einer Biodiversitätsstrategie beschlossen hat. Ein runder Tisch ist einzurichten. Der Senat wird gebeten, bis maximal drei Monaten nach Beschlussfassung der zuständigen Deputation einen Vorschlag über Inhalte und Teilnehmerkreis vorzulegen. Ein Insektenschutzprogramm ist ein besonders wichtiger Baustein dieser Strategie und prioritär zu entwickeln. Dabei sind insbesondere auch die Chancen einer Förderung des „vertikalen Grüns“ in der Stadt (Fassadenbegrünung etc.) auszuloten. Die Strategie muss klare Handlungsfelder, Maßnahmen und Verantwortlichkeiten regeln. Zudem ist die Frage einer möglichen wissenschaftlichen Begleitung zu klären. Der Finanzbedarf für die Umsetzungsphase ist darzustellen.

2. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat erneut, den Pestizideinsatz auf allen selbst genutzten und verpachteten Flächen – auch der Sondervermögen – zu verhindern. Es sollte Kontrollen geben, inwiefern Pestizide nicht erlaubt immer noch eingesetzt werden. Mit der Bremer Straßenbahn AG (BSAG) ist eine Strategie zu entwickeln, um den Pestizideinsatz sukzessive zu verringern. Gespräche mit der Deutschen Bahn müssen ebenfalls geführt werden, um den Pestizideinsatz deutlich zu verringern.
3. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, den Versuch für begrünte Haltestellen der BSAG schrittweise auf eigene Haltestellen auszuweiten, mit den Betreibern der anderen Haltestellen das Gespräch zu suchen und bei der Neuvergabe begrünte Haltestellen zu berücksichtigen. Andere Flächen der BSAG, wie Wendeschleifen, sollten insektenfreundlich gestaltet werden.
4. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, bei der Neuanlegung von öffentlichen Grünflächen die Anlage von Blühflächen mit heimischen, mehrjährigen, insektenfreundlichen Pflanzen vorrangig umzusetzen. Dabei ist darauf zu achten, vorhandene ökologisch wertvolle Flächen zu erhalten. Ein Kataster für geeignete Blühflächen ist zu erstellen. Ein wesentlicher Teil der vom Umweltbetrieb Bremen gepflegten Flächen ist zu insektenfreundlichen Blühflächen zu entwickeln.
5. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, eine ökologisch extensive Grünpflege unter anderem nach dem Vorbild der Bremerhavener Grünflächenstrategie umzusetzen – durch ein Nutzungsmosaik von gemähten und ungemähten Grasflächen, durch zeitversetzte Mahd mit insektenfreundlichen Mähgeräten und der Erhaltung von Refugien für Insekten, zum Beispiel an Wiesenrändern und saisonal begrenzten Strauchschnitt. Zudem müssen Korridore zur Biotopvernetzung mit beachtet werden.
6. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, bei Baumneupflanzungen beziehungsweise Nachpflanzungen nur noch insektenfreundliche und klimaangepasste Sorten zu verwenden. Altbaumbestände sind zu schützen und zu erhalten. Bei der Anpflanzung von Stauden und Sträuchern ist ebenso zu verfahren. Auf eine naturnahe Pflege ist zu achten. Eine weitere Ausweitung von Nisthabitaten ist durch Stehen-/Liegenlassen von Totholz zu schaffen, soweit Belange der Verkehrssicherheit nicht dagegensprechen. Im Straßenbegleitgrün ist die Auffüllung mit magerem Sand statt Mutterboden an geeigneten Stellen abzuwägen.
7. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, den Gebrauch von Laubbläsern und -saugern im öffentlichen und gewerblichen Rahmen weiter merklich einzuschränken.
8. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat zu prüfen, ob die Stadtgemeinde Bremen dem Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ nach dem Vorbild der Stadt Bremerhaven beitrifft und sich am Labeling-Verfahren „Stadtgrün naturnah“ beteiligt.
9. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, das Gründachprogramm zu einem Förderprogramm für die Dach- und Fassadenbegrünung zu erweitern und

zu prüfen, inwieweit dieses als insektenfreundliches Programm ausgestaltet werden kann.

10. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, die Fassadenbeleuchtung von baulichen Anlagen der öffentlichen Hand und Beleuchtungen im Außenbereich zu vermindern und mit reduzierten insektenfreundlichen Leuchtmitteln in nach unten strahlenden Gehäusen zu realisieren. Bei sonstiger Beleuchtung, insbesondere Straßenbeleuchtung, sollen insektenfreundliche Leuchtmittel eingesetzt werden. Neue Bebauungspläne sollten diese Anforderungen für Beleuchtung enthalten. Die Änderungen des Bundesnaturschutzgesetzes und der neu eingefügte § 41 a zur Vermeidung von nachteiligen Auswirkungen von Beleuchtungen müssen schnellstmöglich auch in Bremen Anwendung finden.
11. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, das im überregionalen Maßstab erfolgreiche Schutzgebietsmanagement im Bremer Feuchtgrünlandgürtel sicherzustellen. Dabei kommt die Schlüsselrolle den vom Verbandsnaturschutz getragenen Kümmerer:innen vor Ort zu. Bedeutsam ist dabei die Fortsetzung des langjährigen Monitorings, das stärker die Entwicklung der Insekten in Verbindung mit der landwirtschaftlichen Nutzungsweise und Veränderungen durch den Klimawandel in den Fokus nehmen soll.
12. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, für kooperative Schutzgebietsbetreuung, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen, Agrarumweltmaßnahmen, Monitoring und Öffentlichkeitsarbeit eine verlässliche Finanzierung sicherstellen, die zu einem großen Teil mit EU-Mitteln kofinanziert werden soll.
13. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, zu prüfen, welche Flächen (insbesondere Dächer und Fassaden) in innenstadtnahen Gebieten wie Mitte, Östliche Vorstadt und Neustadt insektenfreundlich bepflanzt werden können.
14. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, Vorschläge zur naturnahen Gestaltung von Flächen auf Friedhöfen zu entwickeln.
15. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, einen Auszeichnungspreis „Biodiversität in Bremer Unternehmen“ zu kreieren und einen Ideenwettbewerb für Biodiversitäts-Maßnahmen im „Konzern Bremen“ aufzusetzen.
16. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, solche Insektenarten zu ermitteln, deren Vorkommen eine besondere Verantwortung Bremens für ihre Erhaltung auslösen. Für diese sind geeignete Artenschutzmaßnahmen zu konzipieren und umzusetzen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/264 S

Ortsgesetz über die Feststellung eines Wohnraummangels nach § 1 Satz 2 des Bremischen Wohnraumschutzgesetzes (WoSchOG)

Mitteilung des Senats vom 5. Oktober 2021

(Drucksache [20/512 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Ortsgesetzes und dessen Verkündung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/265 S

Attraktive Bremer Innenstadt – Nachhaltiges Verkehrskonzept statt Verkehrsversuch!

Antrag der Fraktion der FDP

vom 7. Oktober 2021

(Drucksache [20/514 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/266 S

Vorhabenbezogener Bebauungsplan 47 (mit Vorhaben- und Erschließungsplan 47) zum Bau eines Clubhauses für den Golfplatz Bremer Schweiz für das Grundstück Wölpscher Straße 4 in Bremen-Blumenthal

Hier: Änderung des Durchführungsvertrags

Mitteilung des Senats vom 21. September 2021

(Drucksache [20/506 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Änderung des Durchführungsvertrages des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 47 (mit Vorhaben- und Erschließungsplan 47).

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/267 S

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 21

vom 8. Oktober 2021

(Drucksache [20/516 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/268 S

Vorkaufsortgesetz – „Kleine Wolke“

Mitteilung des Senats vom 12. Oktober 2021

(Drucksache [20/520 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Ortsgesetzes und dessen Verkündung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/269 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Wie ist es um die Auszahlung von Wohngeld in Bremen bestellt?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 26. Juli 2021
(Drucksache [20/481 S](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 21. September 2021
(Drucksache [20/505 S](#))
2. Perspektiven der Stadtbibliothek Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 10. August 2021
(Drucksache [20/488 S](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 28. September 2021
(Drucksache [20/510 S](#))
3. Mehr Flexibilität für Besucherinnen und Besucher – Öffnungszeiten der Stadtbibliothek durch Open Library erweitern
Antrag der Fraktion der CDU
vom 12. Oktober 2021
(Drucksache [20/517 S](#))
4. Wie geht es weiter mit dem „Eros 69“ und der geplanten Prostitutionsstätte in der Bürgermeister-Smidt-Straße?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 17. August 2021
(Drucksache [20/489 S](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 5. Oktober 2021
(Drucksache [20/513 S](#))
5. Taubenpopulation durch die zügige Errichtung öffentlicher Taubenschläge kontrollieren und reduzieren!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. Dezember 2021
(Drucksache [20/367 S](#))
6. Taubenpopulation durch die zügige Errichtung öffentlicher Taubenschläge kontrollieren und reduzieren!
Bericht und Antrag der städtischen Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie
vom 16. September 2021
(Drucksache [20/502 S](#))

7. Wirtschaftliche Sanierung des öffentlichen Klinikverbunds Gesundheit Nord (GeNo) – Forderung nach Vorlage einer Personalstrategie

Antrag der Fraktion der CDU
vom 28. September 2021
(Drucksache [20/508 S](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Bürgerschaft (Landtag) am 13. und 14. Oktober 2021

Nr. 20/570

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Unterstützung für Menschen mit Behinderung in den Krankenhäusern Bremens sicherstellen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 25. Februar 2020
(Drucksache [20/288](#))
2. Unterstützung für Menschen mit Behinderung in den Krankenhäusern Bremens sicherstellen!
Bericht der staatlichen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz vom 10. Mai 2021
(Drucksache [20/957](#))
3. Ehrenamtliches Engagement im Land Bremen – vielfältig, bunt und unterstützenswert!
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 19. Mai 2021
(Drucksache [20/968](#))
4. Das letzte Jahr vor der Einschulung: KiTa oder Vorschulklasse?
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 6. Juli 2021
(Drucksache [20/1041](#))
5. Deponie Grauer Wall – wann schützt der Senat endlich die Bremerhavener Bevölkerung und die Umwelt?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 20. Juli 2021
(Drucksache [20/1055](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/571

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 12. Oktober 2021

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Staatsgerichtshof
Mitteilung des Senats vom 24. August 2021
(Drucksache [20/1077](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

2. Gesetz zur Anpassung von Vorschriften aus dem Bereich Häfen an die
Datenschutz-Grundverordnung
Mitteilung des Senats vom 28. September 2021
(Drucksache [20/1114](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

3. Rechtsformwechsel Immobilien Bremen, Anstalt des öffentlichen
Rechts – Übertragungsgesetz der Immobilien Bremen AÖR (IB-ÜberG)
Mitteilung des Senats vom 5. Oktober 2021
(Drucksache [20/1122](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

4. Gesetz zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften
Mitteilung des Senats vom 5. Oktober 2021
(Drucksache [20/1123](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

5. Neunundzwanzigste Verordnung zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 (Neunundzwanzigste Coronaverordnung)
Mitteilung des Senats vom 29. September 2021
(Drucksache [20/1118](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt die Mitteilung des Senats zur Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

6. Beteiligung der Bürgerschaft beim Erlass von Coronaverordnungen –
29. Coronaverordnung
Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 12. Oktober 2021
(Drucksache [20/1127](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt die Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses zur Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/572

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Martin Michalik, Jens Eckhoff, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Solarnotlage im Klimanotlageland Bremen“

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/573

Clusterpolitik und Innovationsförderung im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 23. Februar 2021

(Drucksache [20/847](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 16. April 2021

(Drucksache [20/900](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/574

**Zuwendungsrecht modernisieren – unnötige Bürokratie und Hemmnisse
für Träger abbauen**

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 10. November 2020

(Drucksache [20/704](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 26. Januar 2021

(Drucksache [20/797](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/575

**Zuwendungspraxis modernisieren – Bürokratie abbauen, Digitalisierung
ermöglichen!**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 30. September 2021

(Drucksache [20/1119](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, eine Fachanhörung zur Modernisierung der bremischen Zuwendungspraxis durchzuführen. Einzubinden sind Vertretungen des Finanzressorts als Zentralressort, der zuwendungsgebenden Ressorts und dem Rechnungshof sowie Verbände und Interessensvertretungen der Zuwendungsempfänger. Einzubinden sind auch Fachpolitiker:innen sowie externe Sachverständige, die durch die Fraktionen benannt werden.

In der Anhörung sollen praxisrelevante Probleme benannt und mögliche Lösungsansätze diskutiert werden.

Insbesondere sollen folgende Inhalte im Hinblick auf eine vereinfachte Zuwendungspraxis erörtert werden:

1. Bedingungen für die Ermöglichung mehrjähriger Bewilligungszeiträume, etwa für die Geltungsjahre des Bremischen Haushalts, als Standard mindestens für Zuwendungen, in denen bisher mit jährlich wiederkehrenden Zuwendungen gearbeitet wurde;
2. Bedingungen für ein Primat der Finanzierungsart Festbetragsfinanzierung vor Fehlbedarfsfinanzierung;
3. Unterschiedliche Handhabungen der zuwendungsgebenden Ressorts und deren Implikationen für Zuwendungsempfänger;
4. Kriterien für die vermehrte Einführung von Förderpauschalen;
5. Kriterien für die vermehrte Nicht-Anrechnung von Spenden und Bußgeldern auf die Zuwendungssummen;
6. Flexible Vergabe von Mitteln zu mehreren Terminen im Jahr;
7. Digitalisierung von Antragsstellungen, Bescheiden sowie des Prüfverfahrens von Verwendungsnachweisen nach dem Onlinezugangsgesetz;
8. Anforderungen an ein zentrales Online-Förderportal, das Trägern ermöglicht, sich unkompliziert und umfassend über die vorhandenen bremischen Fördermöglichkeiten zu informieren;
9. Verbesserte Einhaltung der vorgesehenen Fristen für die Ausstellung und Übersendung von Zuwendungsbescheiden sowie die Übermittlung von Prüfergebnissen der Verwendungsnachweise an die Zuwendungsempfänger, sofern die Verwendungsnachweise der Zuwendungsnehmer vollständig vorliegen;
10. Erhöhung der Bagatellgrenzen bei der Verzinsung von Rückforderungen;
11. Überprüfung von Zuwendungen im Hinblick auf ihre ökologische und klimaschädliche Wirkung.

Die aus der Anhörung abgeleiteten Befunde und Ergebnisse sind der Bürgerschaft (Landtag) und dem staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss in einem Bericht bis zum Ende des zweiten Quartals 2022 vorzulegen. Schriftliche Stellungnahmen der Vertreter:innen der Zuwendungsempfänger und der Sachverständigen sind im Anhang beizufügen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Finanzen zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/576

Umsetzung der Gewerbeabfallverordnung im Land Bremen für mehr Umwelt-, Ressourcen- und Klimaschutz sicherstellen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 27. April 2021
(Drucksache [20/927](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/577

Behandlung von Gewerbeabfall im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 29. Juni 2021
(Drucksache [20/1034](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 14. September 2021

(Drucksache [20/1105](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/578

Rechte Gewalt und rechter Terror in Bremen und dem Umland?

Große Anfrage der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 25. Juni 2021

(Drucksache [20/1027](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 28. September 2021

(Drucksache [20/1115](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/579

Alle Religionsgemeinschaften im Land Bremen verdienen Respekt und Schutz

Antrag der Fraktion der CDU

vom 15. März 2021

(Drucksache [20/869](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/580

Digitale Gewalt in Bremen besser bekämpfen!

Antrag der Fraktion der FDP

vom 29. April 2021

(Drucksache [20/938](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/581

Hass im Netz entgegnetreten – Opferschutz und Strafverfolgung im Land Bremen verbessern

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD

vom 22. Juni 2021

(Drucksache [20/1018](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) verurteilt jede Form von Hass im Netz und erklärt sich mit den Betroffenen von Hassreden im Netz solidarisch. Hassreden im Netz schränken den demokratischen Meinungsaustausch ein, gefährden die psychische Unversehrtheit von Menschen und tragen erheblich zur Entstehung von Straftaten bei.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) sieht die Anbieter sozialer Netzwerke in der Verantwortung, ihre Nutzer:innen besser vor Hassinhalten zu schützen sowie Polizei und Justiz eine effektivere Strafverfolgung zu ermöglichen. Sie bittet den Senat, sich in diesem Sinne aktiv in die aktuellen Diskussionen über Gesetzesänderungen auf Bundesebene einzubringen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,
 - a) in Zusammenarbeit mit dem Demokratiezentrum Bremen, der Bremischen Landesmedienanstalt, der mobilen Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus und der Betroffenenberatungsstelle Soliport zu erarbeiten, wie bestehende Strukturen für die Beratung und Begleitung Betroffener von Hate-Speech im Internet verbessert und ausgebaut werden können;
 - b) eine zentrale Meldestelle beim Demokratiezentrum Bremen für das Land Bremen einzurichten, die entsprechende bundesweit

bestehende Einrichtungen unterfüttert und auf Erfahrungen der Initiative RIKO zurückgreift;

- c) das Thema Hate-Speech in den Schulen schulart- und fächerübergreifend zu verankern;
- d) Lehrer:innen durch geeignete Unterrichtsmaterialien und Schulungen in die Lage zu versetzen, die Thematik anhand von lebensweltnahen Beispielen mit den Schüler:innen zu behandeln;
- e) bei der Staatsanwaltschaft Bremen im Rahmen einer Organisationsuntersuchung auch die Möglichkeiten zu beleuchten, ein Schwerpunktdezernat zur Verfolgung von Online-Hasskriminalität unter Einbeziehung der zentralen Ansprechperson für Hate-Speech einzurichten;
- f) die Möglichkeit einer Online-Anzeige von Hate-Speech-Delikten bereitzustellen, möglichst in Zusammenarbeit mit anderen Landespolizeien oder dem Bundeskriminalamt und unter Einbeziehung der Expertise der Bremischen Landesmedienanstalt beziehungsweise der Initiative RIKO; hierbei sollen die Anzeigenden unter anderem bereits auf die Möglichkeit einer alternativen ladefähigen Adresse zum Schutz ihrer Wohnanschrift hingewiesen werden;
- g) die Behandlung von Hate-Speech-Delikten und deren effektive Verfolgung in der polizeilichen Aus- und Fortbildung zu intensivieren;
- h) der Bürgerschaft (Landtag) binnen eines halben Jahres nach Beschlussfassung zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Inneres zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/582

Fragestunde

1. Das Dritte Gleis – eine unendliche Geschichte?

Anfrage der Abgeordneten Anja Schiemann, Jörg Zager, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 9. September 2021

2. Ausbildung in den Ausbildungsverbänden

Anfrage der Abgeordneten Jasmina Heritani, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 9. September 2021

3. NutriScore – neutral und objektiv?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 9. September 2021

4. Quo vadis Vernetzungsstelle Schulverpflegung im Land Bremen?

Anfrage der Abgeordneten Jan Saffe, Christopher Hupe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 9. September 2021

5. Promotionsrecht für Hochschulen im Land Bremen

Anfrage der Abgeordneten Dr. Solveig Eschen, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13. September 2021

6. Ausgestaltung der Praxissemester von Studiengängen an Hochschulen des Landes Bremen

Anfrage der Abgeordneten Susanne Grobien, Sigrid Grönert, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 17. September 2021

7. PRIMO-Sprachtests für Kinder auch aufsuchend?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Solveig Eschen, Christopher Hupe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29. September 2021

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

8. Bremen – Hochburg der Unternehmensinsolvenzen in der Corona-Pandemie

Anfrage der Abgeordneten Carsten Meyer-Heder, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 4. Oktober 2021

9. Verstaatlichung der GEWOBA

Anfrage der Abgeordneten Jens Eckhoff, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 7. Oktober 2021

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/583

Täterarbeit als Prävention

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE vom 26. Januar 2021

(Drucksache [20/793](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 16. März 2021

(Drucksache [20/872](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/584

**Zwischenbericht zur Erarbeitung des Bremer Landesaktionsplans
„Istanbul-Konvention umsetzen – Frauen und Kinder vor Gewalt
schützen“**

Mitteilung des Senats vom 22. Juni 2021

(Drucksache [20/1022](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/585

**Sportvereine unterstützen durch Übernahme der Mitgliederbeiträge für
Kinder und Jugendliche aus dem Bremen-Fonds**

Antrag der Fraktion der CDU

vom 5. August 2021

(Drucksache [20/1067](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/586

Psychosoziale Prozessbegleitung vereinfachen, ausbauen und institutionalisieren

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD

vom 18. Mai 2021

(Drucksache [20/962](#))

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

vom 14. Oktober 2021

(Drucksache [20/1131](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die Sozialen Dienste der Justiz stärker in die Qualitätssicherung und Unterstützung der Inanspruchnahme des Angebotes der psychosozialen Prozessbegleitung einzubeziehen;
2. Informationsangebote zur psychosozialen Prozessbegleitung in einfacher, niederschwelliger Sprache und in verschiedenen Sprachen bereitzustellen;
3. ein Formular für die Beantragung einer Beiordnung psychosozialer Prozessbegleitung für Verletzte bereitzustellen;
4. so früh wie möglich im Ermittlungsverfahren sowie bei Anklageerhebung und Eröffnung der Hauptverhandlung die Berechtigten auf das Instrument der psychosozialen Prozessbegleitung und gegebenenfalls die Möglichkeit der Beiordnung hinzuweisen;
5. auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass die beiordnungsfähigen Deliktgruppen für Betroffene von häuslicher Gewalt im Sinne von Artikel 3 der Istanbul-Konvention um Körperverletzungsdelikte nach den §§ 223 Absatz 1 und 224 des Strafgesetzbuches erweitert werden, dass ein Beiordnungsanspruch für erwachsene Opfer von Sexualdelikten unabhängig vom Kriterium der besonderen Schutzbedürftigkeit in die Strafprozessordnung (StPO) aufgenommen wird und dass durch eine Änderung von § 406g StPO, das Antragserfordernis zur Beiordnung einer psychosozialen Prozessbegleitung für minderjährige Verletzte einer Straftat aus dem Katalog des § 397a Absatz 1 StPO entfällt und die Staatsanwaltschaft oder das zuständige Gericht von Amts wegen eine psychosoziale Prozessbegleitung beiordnen kann, soweit der oder die Verletzte nicht widerspricht.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Justiz und Verfassung zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/587

Wie kann unsere demokratische Gesellschaft in Bremen vor linksextremistischen Strömungen geschützt werden?

Große Anfrage der Fraktion der FDP

vom 10. Mai 2021

(Drucksache [20/958](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 31. August 2021

(Drucksache [20/1087](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/588

Aufbau einer Landesantidiskriminierungsstelle im Land Bremen

Mitteilung des Senats vom 31. August 2021

(Drucksache [20/1085](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/589

Aufbau einer Landesantidiskriminierungsstelle

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE

vom 12. Oktober 2021

(Drucksache [20/1126](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich dafür aus, die Landesantidiskriminierungsstelle, einschließlich des Beschwerdemanagements für Geflüchtete in den Erstaufnahmeeinrichtungen, organisatorisch in der Bürgerschaftskanzlei zu verorten.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss, in seinen Anträgen zu den Haushaltsplänen für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 die bei der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport für die Landesantidiskriminierungsstelle vorgesehenen Ausgaben entsprechend in die Haushaltspläne der Bürgerschaft zu übertragen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/590

Überbetriebliche Ausbildung im Handwerk durch auskömmliche Landeszuschüsse dauerhaft sicherstellen und stärken

Antrag der Fraktion der CDU

vom 1. Juni 2021

(Drucksache [20/981](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/591

Teilzeitstudienmöglichkeiten im Land Bremen verbessern

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE

vom 1. Juni 2021

(Drucksache [20/994](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. hinsichtlich der geplanten Novellierung des Bremischen Hochschulgesetzes (BremHG) umgehend zu prüfen, wie die Rahmenbedingungen zu verändern sind, um zum einen das Angebot an Teilzeitstudienmöglichkeiten an den Hochschulen im Land Bremen quantitativ wie qualitativ auszubauen und zum anderen an allen Hochschulen auch einen Wechsel von einem Voll- zu einem Teilzeitstudium zu ermöglichen.

Dabei sind insbesondere folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- a) Strukturelle Verankerung von Teilzeitoptionen, damit Studierende nicht von individuellen Vereinbarungen abhängig sind;
 - b) Entzerrung von Curricula mit der Möglichkeit, Module strecken zu können;
 - c) Einbeziehung unterschiedlicher Bedarfe von Teilzeitstudierenden, um eine Vereinbarkeit zum Beispiel mit Erwerbstätigkeit, Familie, Pflege Angehöriger, chronischer Erkrankung oder Behinderung sowie gesellschaftlichem oder universitärem Engagement zu ermöglichen.
2. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Studierende in Teilzeit künftig einen Anspruch auf Unterstützung nach dem BAföG erhalten, der die durch die Teilzeit entstehende veränderte Regelstudienzeit berücksichtigt;
 3. dem Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit binnen eines Jahres nach Beschlussfassung einen Bericht vorzulegen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Wissenschaft und Häfen zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/592

Gründung eines Kompetenzzentrums „Faire und nachhaltige Logistik“ im Land Bremen

Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen

vom 15. Juni 2021

(Drucksache [20/1006](#))

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

vom 8. September 2021

(Drucksache [20/1095](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die Einrichtung eines Kompetenzzentrums „Faire und nachhaltige Logistik“ in Bremen oder Bremerhaven zu prüfen, welches in Kooperation mit Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen dazu beitragen kann, neue Ziele, Maßnahmen und Standards rund um faire und nachhaltige Transportwege zu formulieren;
2. dem Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen, der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Arbeit und dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit in der zweiten Jahreshälfte 2021 über erste Ergebnisse einen Zwischenbericht vorzulegen, der einen Zeit- und Maßnahmenplan sowie eine Indikation für die zur Etablierung eines Kompetenzzentrums „Faire und nachhaltige Logistik“ erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen beinhaltet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa (federführend) und an die Senatorin für Wissenschaft und Häfen (beteiligend) zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/593

Erweiterung der Branchendialoge: Branchendialog Logistik einführen, regelmäßige Berichterstattung sicherstellen

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE

vom 15. Juni 2021

(Drucksache [20/1011](#))

Der Antrag wurde von den Antragstellern zurückgezogen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/594

Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 22

vom 8. Oktober 2021

(Drucksache [20/1125](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/595

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Mitbestimmungsrechte in der Justiz stärken!
Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen
vom 22. Juni 2021
(Drucksache [20/1017](#))
2. Wie kann Bremen Sporttalente im Land fördern und binden?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 26. Mai 2021
(Drucksache [20/977](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 13. Juli 2021
(Drucksache [20/1046](#))
3. Personalentwicklung und Personalkosten
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 1. Juni 2021
(Drucksache [20/982](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 13. Juli 2021
(Drucksache [20/1047](#))
4. Die intensivmedizinische Versorgung im Spiegel der Corona-Pandemie
– Kapazitäten und Auslastungen mit Blick auf die Krankenhausplanung

im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 1. Juni 2021
(Drucksache [20/983](#))

D a z u
Mitteilung des Senats vom 10. August 2021
(Drucksache [20/1070](#))

5. Migrantische Repräsentanz in der Verwaltung: Bildet der öffentliche Dienst die Gesellschaft ab?
Große Anfrage der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 1. Juni 2021
(Drucksache [20/995](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 13. Juli 2021
(Drucksache [20/1048](#))
6. Unterhalt und Unterhaltsvorschuss – Kinder von Alleinerziehenden müssen auch im Land Bremen endlich zu ihrem Recht kommen!
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 22. Juni 2021
(Drucksache [20/1019](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 31. August 2021
(Drucksache [20/1088](#))
7. Zukunftsfähigkeit des Wissenschaftsstandortes Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 26. Juli 2021
(Drucksache [20/1061](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 5. Oktober 2021
(Drucksache [20/1124](#))
8. Verbindliche Rahmen für faire Bildungschancen schaffen, Ganztagschulausbau planen und finanziell absichern
Antrag der Fraktionen der FDP und der CDU
vom 14. September 2021
(Neufassung der Drucksache [20/1064](#) vom 28. Juli 2021)
(Drucksache [20/1101](#))
9. Grundrechte sind keine Selbstverständlichkeit – Tag des Mauerbaues als Auftakt zur Stärkung der politischen Bildung nutzen!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 28. Juli 2021
(Drucksache [20/1065](#))
10. Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Bremen entwickeln!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. Juni 2020
(Drucksache [20/428](#))

11. Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Bremen entwickeln!
Bericht und Antrag des Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und
Entwicklungszusammenarbeit
vom 31. August 2021
(Drucksache [20/1082](#))
12. Bremen wird Freiheitsraum für LGBTQIA+ – ein Signal für Akzeptanz
und gegen Diskriminierung
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und
der FDP
vom 16. September 2021
(Drucksache [20/1109](#))
13. Die Zukunft in die Schulen holen – Bedingungen für eine zeitgemäße
Bildung schaffen!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 23. September 2021
(Drucksache [20/1110](#))
14. Gleicher Infektionsschutz für alle – Schulen in freier Trägerschaft bei
der Beschaffung und Finanzierung von Luftfiltergeräten unterstützen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 24. September 2021
(Drucksache [20/1111](#))
15. Für eine konsequent patientenorientierte Krankenhausplanung im
Land Bremen – Forderung nach Vorlage einer Machbarkeitsstudie für
mehr Leistungs- und Bedarfsorientierung
Antrag der Fraktion der CDU
vom 28. September 2021
(Drucksache [20/1112](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.